

Wir sagen Nein

Wir beobachten mit großer Sorge, wie seit einigen Jahren, aber spätestens mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine auch in Deutschland scheinbar leichtfertig Kriegsvorbereitungen getroffen werden. Diese Entwicklung zieht sich durch alle Sektoren der Gesellschaft. Die Bundesregierung will militärische und zivile Verteidigung Deutschlands stärken und hat für den Herbst ein entsprechendes Gesetz für das Gesundheitswesen angekündigt.

Für die Vorbereitungen im Gesundheitswesen sollen die Bundesländer „ergänzende Maßnahmen zur gesundheitlichen Versorgung im Verteidigungsfall ... planen. Sie ermitteln insbesondere die Nutzungs-, Erweiterungs- und Ersatzmöglichkeiten der vorhandenen Einrichtungen und Dienste sowie den voraussichtlichen personellen und materiellen Bedarf. Dabei werden auch mögliche CBRN-Gefahren berücksichtigt.“ Mit CBRN sind chemische, biologische, radiologische und nukleare Gefahren gemeint.



Beschäftigte und das Gesundheitswesen insgesamt werden die Bevölkerung nicht mit ein paar ergänzenden Maßnahmen vor radiologischen und nuklearen Gefahren schützen bzw. die durch diese entstandenen Verletzungen behandeln können. Wie wir in den aktuellen Kriegen sehen, ist die medizinische Infrastruktur bevorzugtes Ziel moderner Kriegsführung. Es ist also zu erwarten, dass in einem Krieg mit direkter Beteiligung der Bundesrepublik, gerade die nun vorbereitete enge Verzahnung des Militärischen mit dem Gesundheitswesen zu einer Bedrohung für die medizinische Versorgung wird. Wir sehen unsere Aufgabe als demokratische Ärzt*innen darin, über die unvermeidbaren und entsetzlichen gesundheitlichen Folgen von Kriegen aufzuklären, um diese einzudämmen oder zu verhindern. Wir wollen uns nicht an der Illusion beteiligen, dass ein Krieg mit direkter Beteiligung der Bundesrepublik beherrschbar oder gar zu „gewinnen“ sei und dass menschliche Schäden mithilfe von uns Beschäftigten im Gesundheitswesen in einem akzeptablen Maße gering gehalten werden könnten. Mit der Schaffung einer solchen Illusion und zynischen Kalkulation zur Beherrschbarkeit der gesundheitlichen Folgen bereitet die Bundesregierung den Boden für künftige Kriege. Wir wehren uns auch gegen die uns zugedachte Rolle, mithilfe unserer medizinischen Expertise ein Rädchen in der militärischen Maschinerie zu sein, die ärztliche Arbeit der militärischen Logik zu unterwerfen und Soldat*innen nur schnell wieder einsatzbereit zu machen und damit deren Nutzbarmachung für den Fortgang eines Krieges zu unterstützen.

Wir sagen Nein zur Kriegsvorbereitung, zu Aufrüstung und Unterwerfung des Gesundheitswesens unter das Militär! Die einzige Möglichkeit, Leid und Tod durch Kriege zu verhindern, ist Friedenssicherung.

Wir fordern, alles dafür zu tun, die Gefahr eines Krieges kleiner und nicht größer zu machen. Dabei glauben wir nicht an die aktuell verfolgte Strategie der Abschreckung durch Kriegstüchtigkeit. Es mag naiv klingen, sich angesichts der harten globalen Konkurrenzkämpfe zwischen den großen Machtblöcken für eine Entspannung einzusetzen. Nur weil eine internationale Gegenbewegung zur Militarisierung zurzeit noch keine große Kraft entfaltet, heißt es für uns jedoch nicht, die Gewalt und das Gesetz des Stärkeren ohne Widerspruch hinzunehmen. Dazu braucht es Abrüstung, Demilitarisierung, internationale solidarische Vernetzung und Friedensarbeit auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen.

Wir rufen alle im Gesundheitswesen Beschäftigten auf: Lasst Euch nicht instrumentalisieren für die Vorbereitung eines Krieges, in dem wir nur Verlierer*innen sein können. Wir solidarisieren uns mit den Beschäftigten insbesondere des Gesundheitswesens in allen Ländern. Wir akzeptieren die Freund-Feind-Logik nicht und werden weiter auf internationale Solidarität aller Gesundheitsbeschäftigten hinarbeiten.

Nur internationale Solidarität wird uns vor der eskalierenden und national oder anderweitig ideologisch aufgeladenen Kriegslogik retten.

Wenn Du Dich mit uns und anderen, die gegen diese Militarisierung des Gesundheitswesens kämpfen wollen, vernetzen willst, dann schreib an die Geschäftsstelle des vdä*: info@vdaeae.de

